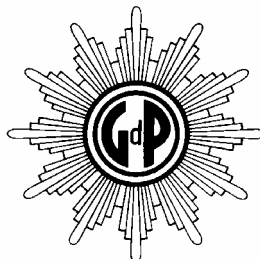


# Pressemeldung



## Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

[gdp-pressestelle@gdp-online.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp-online.de)

Berlin, 15. November 2007

## GdP: Offene Grenzen ohne Polizei gefährden die innere Sicherheit

**Berlin.** Der geplante Abzug der Bundespolizei von den Grenzen angesichts des kurz vor den Weihnachtsfeiertagen anstehenden Wegfalls der Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien ist nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein unvertretbares Risiko für die innere Sicherheit. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Vor allem die Menschen vor Ort fürchten sich vor einem Anstieg der Kriminalität, wenn insgesamt 2000 Polizeistellen in den angrenzenden Bundesländern wegfallen.“ Ebenso verfüge die Bundespolizei noch nicht über ein mit der polnischen Technik kompatibles Funksystem. Damit öffneten die politisch Verantwortlichen der grenzüberschreitenden Kriminalität Tür und Tor.

Freiberg: „Die Gewerkschaft der Polizei ist ausdrücklich für offene Grenzen und ein gemeinsames Europa. Dennoch darf das Wohlstandsgefälle zu den neuen Nachbarn und die zu erwartenden Migrationsbewegungen aus Drittländern nicht übersehen werden.“

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressesprecher:**

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

**Berlin:**

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190